



Keupers

kritischer

Kommentar

01-02-2019

Januar 2019

Kramp-Karrenbauer will Steuergeschenke verteilen!

Die neue CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer will die deutsche Wirtschaft mit einer Steuersenkung vor einem drohenden Abschwung bewahren. "Wir müssen überlegen, wie wir die Binnenkonjunktur und unsere Wettbewerbssituation stärken können, etwa indem wir die Abgabenlast für Betriebe verringern durch eine Unternehmenssteuerreform", sagte sie der Welt am Sonntag vom 13. Januar 2019. „Es wäre sinnvoller, diese Entlastung schon jetzt im Voraus zu ermöglichen und nicht erst darauf zu warten, bis dass die Konjunktur noch schwächer wird“. Sie bezieht sich dabei auf die neuesten Wirtschaftsdaten, die ein Rückgang des Wirtschaftswachstums auf 1,5% für das zurückliegende Wirtschaftsjahr feststellen. Wobei sie hauptsächlich zuerst die Diskussionen um den Wegfall des Solidaritätszuschlags (Soli) im Auge hat. Laut Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und der SPD und einem entsprechenden Bundestagsbeschluss vom 13. Dezember 2018, gegen einen Antrag von FDP und AfD, welche den sofortigen Ausstieg aus dem Soli forderten, sollen gemäß der Mehrheit im Plenum aus CDU/CSU, der SPD, den Grünen und der Linken bis 2021 die unteren Einkommenschichten mit einem zu versteuernden Einkommen unter 61.000 Euro für Singles bzw. 122.000 Euro für Verheiratete, das sind etwa 75.000 bzw. 145.000 Euro brutto, von der Soli-Zahlung befreit werden.

Kramp-Karrenbauer kritisiert die SPD, obgleich die CDU auch zugestimmt hat!

Kramp-Karrenbauer kritisierte in ihrem Statement den Koalitionspartner SPD, aber auch die Grünen und die Linkspartei, die sich wie auch die CDU/CSU-Fraktion gegen einen vollständigen Wegfall des Solidaritätszuschlages ausgesprochen hatten. "Sie bezeichnen die zehn Prozent der Bevölkerung, die bisher nicht entlastet werden sollen, als superreich", sagte sie, "dass es sich dabei oft um kleinere und mittlere Unternehmen handelt, die sehr wohl entlastet werden müssten, verschweigen sie."

Auf dem Parteitag der CDU, am 7. und 8. Dezember 2018, also 5 Tage vor dem Bundestagsbeschluss, hatten die Delegierten beschlossen, dass der Zuschlag auf die Einkommensteuer noch in dieser Legislaturperiode vollständig abgeschafft werden soll, und Frau Kramp-Karrenbauer bezieht sich auf diesen Beschluss und fordert ihn nun ein. Doch es gibt aber dazu ein Problem: Im Koalitionsvertrag steht etwas anderes. Union und SPD haben in diesem Vertrag vereinbart, dass der Soli bis 2021 wegfallen soll. Allerdings nur für die unteren bis middle-

ren Einkommen, für höhere bis hohe Einkommen sollte er eventuell über 2025 hinaus mit Rücksicht auf die „Schwarze Null“ im Haushalt bleiben.

Das heißt, nach dem Koalitionsvertrag und dem Bundestagsbeschluss vom 13. Dezember würden vor allem Menschen mit niedrigen, mittleren und gehobeneren Einkünften entlastet, während die neuen Vorstellungen von Frau Kramp-Karrenbauer und der Union vor allem den Spitzenverdiener zusätzlich zugutekämen.

Worum geht es beim Solidaritätszuschlag?

Der Soli ist ein Zuschlag auf die Einkommensteuer in Höhe von zum jetzigen Zeitpunkt 5,5 Prozent der Steuerschuld. Bei Singles wird er derzeit ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 15.000 Euro bzw. ca. 19.000 Euro Bruttoeinkommen erhoben. Singles mit einem Bruttoeinkommen bis maximal rund 72.000 Euro sollen künftig überhaupt keinen Soli mehr zahlen. Bei einem Ehepaar darf sogar der gemeinsame Bruttoverdienst etwa 150.000 Euro betragen, bevor der Soli-Zuschlag fällig wird. Das sind aber schon sehr ordentliche Einkommen, wenn man betrachtet, dass das durchschnittliche Jahresbruttoeinkommen in Deutschland zur Zeit bei 37.103 Euro liegt. Der volle bisherige Soli von 5,5 Prozent wird dann voll ab einem Bruttoeinkommen von über 90.000 Euro für Singles bzw. 180.000 Euro bei Verheiratenden erhoben. Wer aber soviel verdient, gehört doch wohl schon zu den reichsten zehn Prozent im Lande.

Für einen kleinen mittelständischen Betrieb würden also auch in Zukunft bei einem Reingewinn von 300.000 Euro per anno 8.521 Euro als Soli abgezogen, bei einem Reingewinn von einer Million wären es 23.846 Euro. Ja, selbst ein größeres Unternehmen mit etwa 10 Millionen Reingewinn würde nur etwas über 100.000 Euro für den Soli abführen müssen.

Da muss man schon die Frau Kramp-Karrenbauer und die Finanzexperten der Union fragen, würden solche Beträge die angesprochenen kleinen und mittleren Betriebe bei einem Wirtschaftsabschwung retten, würden wir damit die Wettbewerbssituation und die Binnenkonjunktur auf Trapp halten können?

Zukunftsausgaben fordern die ganze Finanzkraft des Staates.

Für den Staat würde die Forderung von Frau Kramp-Karrenbauer und ihrer CDU allerdings ziemlich teuer. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Verringerungen kosten schon 10,2 Milliarden Euro per anno. Die zusätzlichen Steuerentlastungen für die Topverdiener und Unternehmen schlagen mit zusätzlich rund 11,5 Milliarden Euro zu Buche, Jahr für Jahr. Mit dem Geld könnte man beispielsweise jährlich etwa 25.000 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau bauen, oder die von der NATO geforderte Aufstockung des Verteidigungsetats teilweise abdecken. Und bei einem wirtschaftlichen Abschwung kommen auf den Staat zusätzliche Sozialausgaben zu, – wie zum Beispiel für die dann erforderliche Kurzarbeit. Auch die zusätzlichen Ausgaben für die geplanten Maßnahmen zum verbindlich erklärten Klimaschutz werden den Bundeshaushalt zukünftig erheblich belasten, ebenso wird die digitale Evolution und die damit verbundenen erforderlichen Aufwendungen des Staates dessen Finanzkraft überstrapazieren. Darum, Finanzminister Olaf Scholz hat durchaus recht, wenn er vor den vielerorts erwünschten Steuerentlastungen warnt.

Dass der Soli letztendlich abgeschafft gehört, ist dabei unbestritten. Aber wir müssen dann darüber nachdenken, wie wir die Finanzkraft der Bundesrepublik erhalten. Dabei darf eine notwendige Neuausrichtung des Steueraufkommens nicht nur zulasten der arbeitenden so-

genannten kleinen Leute und der Rentner gehen, die in den letzten Jahren durch Lohnenthaltung das boomende Wirtschaftswachstum ermöglichten. Dieses muss Frau Kramp-Karrenbauer und die Wirtschaftsexperten der CDU beachten, bevor weitere Steuergeschenke an die wirtschafts- und finanzstarken oberen zehn Prozent unserer Gesellschaft verteilt werden. Diese haben in den letzten Jahren soviel Geld zurücklegen können, dass sie einen wirtschaftlichen Abschwung, eine wirtschaftliche Turbulenz unbeschädigt überstehen müssten. Die SPD in der Große Koalition sollte daher dringend eine Zukunftsagenda 2030 erarbeiten, um das Land für drohende schwierige Zeiten so gut wie möglich aufzustellen.

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 17. Januar 2019,

Heinrich Keuper